

DER MALER

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugsh. 3 M., u. Kreuzb. 4 Viertel. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Fhr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598

45. Jahrgang

Hamburg, 29. August 1931

Nummer 35

Dem 14. Gewerkschaftskongress zum Gruß!

Am 31. August tritt zu Frankfurt a. M. der 14. Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammen. Die Tagesordnung weist folgende Punkte auf:

1. Wahl der Kongressleitung und der Kommissionen.
2. Bericht des Bundesvorstandes (Berichterstatter: Theodor Leipart, Bundesvorsitzender.)
3. Die Umwälzungen in der Wirtschaft und die 40-Stunden-Woche. (Berichterstatter: Prof. Dr. Lederer, Heidelberg.)
4. Öffentliche und private Wirtschaft. (Berichterstatter: Oberbürgermeister Brauer, Altona.)
5. Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts. (Berichterstatter: Bundessekretär Römpel.)
6. Anträge zu den Bundessatzungen.
7. Wahl des Bundesvorstandes.
8. Erledigung sonstiger Anträge.

Schon einmal tagte in Frankfurts Mauern das Parlament der Arbeit, der 3. Gewerkschaftskongress im Mai 1899. Welche gewaltige Veränderungen sind im Laufe der verflochtenen 32 Jahre im Aus- und Aufbau unserer Gewerkschaften vor sich gegangen? Damals aufsteigende, gute Konjunktur, die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände zählten 487.000 Mitglieder, deren Zahl im schwersten Ringen um eine verbesserte Lebenshaltung und um Verkürzung der Arbeitszeit von Monat zu Monat eine erfreuliche Vermehrung aufwies. Die Tagesordnung umfaßte vorwiegend praktische Fragen — die Frage des Koalitionsrechts (gegenüber den Behörden der Unternehmer gegen die Gewerkschaften); Tarife und Tarifgemeinschaften im gewerkschaftlichen Kampfe; die Frage der Arbeitsvermittlung, der Arbeitserfretariate und der Gewerbeinspektion — Fragen also, die den Zweck verfolgten, die Sicherung und Einflußerweiterung der Gewerkschaften zu fördern. Heute — nach einem entsetzlichen, für uns verlorenen Weltkrieg und einer die gesamte Wirtschaft zerstörenden Inflationszeit, der nur eine kurze Aufbauperiode folgte — wieder eine seit Jahren anhaltende Weltwirtschaftskrise mit einem Millionenheer von Arbeitslosen. So schwere Zeiten die Gewerkschaften auch schon erlebt und überwunden haben, noch nie zuvor fiel eine Kongressagung in eine wirtschaftlich so trostlose, niederdrückende Zeit, wie der am 31. August beginnende 14. Kongress. Im Bericht des Bundesvorstandes, den der Vorsitzende, Kollege Leipart, erstatten wird, wird sicherlich sehr eingehend auf alle Vorgänge eingegangen werden, die die Lebensinteressen der Arbeiterschaft während der Wirtschaftskrise so nachteilig und schädlich beeinflussen, und er wird zeigen, was in dieser schweren Notzeit die Gewerkschaften getan haben und weiterhin tun werden, um den Anschlägen des Unternehmertums auf die Löhne und Rechte der Arbeiter zu begegnen.

Von den vorliegenden 55 Anträgen beziehen sich die meisten auf den Bericht des Bundesvorstandes. Die Forderung auf Kampf gegen die Notverordnungen, gegen die Regierung, gegen den Faschismus usw., stehen im Vordergrund. Der Bundesvorstand wird angegriffen, gegen die Notverordnungen nicht die nötigen Schritte ergriffen zu haben, seine Politik nicht gutgeheißen, daher verlangt sofortige Aufhebung aller sozialen Verschlechterungen durch Demonstrationen, Massenstreiks, steigend bis zum Generalstreik, wie es unter anderem auch in einem Antrag unserer Weissenfelder Kollegen heißt. Wir verkennen nicht, aus welcher Stimmung heraus ein Teil derartiger Anträge entstanden sind, aber Aufgabe des Kongresses ist es, sachlich zu den Dingen Stellung zu nehmen. Die deutschen Gewerkschaften sind heute noch nicht imstande, die Wirtschaftskrisen zu verhindern und die privatkapitalistische Produktionsweise zu beseitigen. Der Kongress wird es daher auch ablehnen, eine Aenderung der Politik des Bundesvorstandes zu fordern, das heißt, eine Aenderung der Gewerkschaftstaktik. Die zum großen Teil von der „Opposition“ stammenden Heilmittel haben sich bisher, wie auch unser Verbandstag in Breslau ausdrücklich feststellte, so wenig wirksam, ja zum

Schaden der Bewegung gezeigt, daß eine verantwortungsbewusste Körperschaft sich nicht näher damit befassen kann. Eine Richtung, die in der Zersplitterung der gewerkschaftlichen Kräfte anstatt in ihrer einheitlichen Zusammenfassung, im Straßenlärm und ähnlichen Methoden ihre Aufgabe sieht, kann auf die Unterstützung der freien Gewerkschaften im Ernst nicht rechnen. Gegen die schlimmen Bestimmungen der Notverordnung haben die Gewerkschaften und der Bundesvorstand in schärfster Weise Stellung genommen, auch der Kongress wird seine Forderungen deutlich zum Ausdruck bringen.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung: Die Umwälzungen in der Wirtschaft und die 40-Stunden-Woche, wird Professor Dr. Lederer diese Vorgänge seit der Nachkriegszeit aufzeigen und aus den Folgen dieser Umwälzungen für die Arbeiter, sowohl für die Tausende von der Arbeit Ausgestoßenen wie für die um so intensiver angespannten Arbeitenden die Notwendigkeit einer wesentlichen Verkürzung der Arbeitszeit begründen können. Die Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit waren bei allen Verbänden die schwierigsten. Trotzdem jetzt das Unternehmertum mit Leichtigkeit die 40-Stunden-Woche einführen könnte, weigert es sich auf der ganzen Linie eine allgemeine Verkürzung einzutreten zu lassen. Die Erläuterung dieser notwendigen Forderung wird durch die Aufgabe der Gewerkschaften sein: Anträge hierzu fordern sollen Lohnausgleich für die verkürzte Arbeitszeit. Der Vorstand des Musterverbandes fordert neben der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit auf zunächst 40 Stunden durchgreifende gesetzliche Maßnahmen zur Beseitigung des Doppelverdieners- und Schwarzarbeiterwesens.

Das Referat zu dem aktuellen Thema: Öffentliche und private Wirtschaft hat der Altonaer Oberbürgermeister Brauer übernommen, der an Hand von Tatsachen durch Gegenüberstellung beider Systeme zeigen wird, welche Konsequenzen im Interesse des Allgemeinwohls zu ziehen sind. Der Bundesvorstand des Baugewerksbundes fordert mit Recht zu diesem Punkt, daß das Bauwesen zu den wichtigsten Teilen der öffentlichen Wirtschaft gehört. Insbesondere ist notwendig, das Wohnungs- und Siedlungswesen durch die öffentliche Hand nachdrücklich und planmäßig zu fördern. Der Kongress möge gegen die volkschädigende, durch den Entzug

von Mitteln aus der Hauszinssteuer verursachte Drosselung des Wohnungsbaues Protest erheben; die Wohnungsnot ist dadurch zum Dauerzustand geworden, sie wird erneut gesteigert und der Abbruch alter unhygienischer Wohnungen verhindert.

Hohes Interesse wird auch das Referat des Bundessekretärs Römpel finden, das Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts behandeln wird. Das Arbeitsrecht ist nicht nur bei der Rechtsprechung oft schlecht weggekommen, es ist auch durch die Gesetzgebung stark vernachlässigt worden. Die hierzu eingereichten Anträge befassen sich vorwiegend mit der Verbesserung des Betriebsrätegesetzes, mit dem Lehrlingswesen, dem Berufsausbildungsgesetz und der Urlaubsfrage. So einfach, wie es ein Antrag fordert, der unterschiedslos 14 Tage Ferien für alle Arbeiter und Arbeiterinnen verlangt, wird natürlich die Urlaubsfrage nicht zu lösen sein. Aus den sonstigen Anträgen heben wir den des Vorstandes vom Metallarbeiterverband hervor, der fordert, die Verordnung zum Schutze gegen Bleivergiftung bei Anstricharbeiten vom 24. Mai 1930 auf alle Eisenbahn-, Hoch- und Kunstbauten, soweit letztere Teile von Bahnanlagen sind, auszuweiten.

Wir sind überzeugt, daß der Gewerkschaftskongress alle notwendigen realisierbaren Forderungen zu der feindlichen machen und für die weitere Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung bestimmte Marschrouten und Richtlinien aufstellen wird. Dabei darf aber nie vergessen werden, daß jedes einzelne Verbandsmitglied die Pflicht hat, zu jeder Zeit für die Stärkung seiner Organisation zu sorgen. Je größer die Macht in den einzelnen Verbänden, desto stärker der Einfluß der Spitze unserer Gewerkschaften, des ADB, gegenüber allen in Betracht kommenden Faktoren.

Mögen die Beratungen und Beschlüsse des Kongresses zum weiteren Aufstieg unserer Gewerkschaften beitragen und der erfreuliche gesunde Geist obwalten, wie er auf seinem Vorgänger in Hamburg vorhanden war. In diesem Sinne unsern Gruß den Delegierten des 14. Gewerkschaftskongresses.

Die Gewerkschaften im Sturm der Krise

Die Entwicklung der Gewerkschaften ist mit der Entwicklung des Wirtschaftslebens eng verbunden. Die gewerkschaftliche Tätigkeit wird naturgemäß stark gehemmt, wenn die Arbeiter sich massenhaft zu den Arbeitsnachweisen drängen. Ueber die Entwicklung im Jahre 1930 liegen jetzt einige Zahlen vor. Die dem ADB, angeschlossenen Gewerkschaften hatten im Jahre 1930 einen Mitglieder-rückgang von 233 068 oder 4,7 % zu verzeichnen. Am Ende des Jahres waren 4 717 569 Mitglieder vorhanden. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 4 821 832, worunter sich 684 978 Weibliche befanden. Der Verlust ist hauptsächlich auf den Abgang der Mitglieder mit kurzer Mitgliedschaft zurückzuführen. Es ist nicht sehr erheblich, wenn man die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse und die Stellung der Gewerkschaften als Prellbock zwischen rechts und links in Betracht zieht. Die Mitgliederbewegung war bei den einzelnen Verbänden verschieden. Diejenigen, die die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse besonders zu erdulden hatten, hatten naturgemäß die stärksten Mitgliederverluste. Bei drei Verbänden nahm die Mitgliederzahl zu. Die Einnahmen der Gewerkschaften gingen um 19,7 Millionen Mark zurück, während die Ausgaben um 31,3 Millionen Mark stiegen. Der Durchschnittsbeitrag pro Mitglied betrug 43,93 M., gegen 47,36 M. im Vorjahr. Von den gesamten Ausgaben machten die Unterstützungen mehr als die Hälfte, nämlich 51,2 % aus. Im Jahre 1930 wurden für Unterstützungen die Riesensumme von 12 352 271 M. ausgegeben. Damit wurde die Vorjahrssumme um 36,7 Millionen Mark

überstiegen. Der größte Teil der Unterstützungen wurde für soziale Zwecke geleistet. Die Arbeitslosenunterstützung stieg von rund 45 Millionen Mark 1929 auf 78 Millionen Mark 1930. Für Krankenunterstützungen wurden rund 23 Millionen Mark benötigt. Die Notfallunterstützung stieg von 3 auf 5 Millionen Mark und der Posten „sonstige Unterstützungen“ von 409 000 auf 3 Millionen Mark. Beachtenswert ist die Ausgabenentwicklung der Invalidenunterstützung. 1929 wurde die Summe von 4 278 923 M. und 1930 von 8 001 197 M. benötigt. Es fand also beinahe eine Verdoppelung statt. Die 123,5 Millionen Mark, die die Gewerkschaften an Unterstützungen auszahlten, flossen über den Massenkonsum der deutschen Wirtschaft direkt zu.

Die reaktionäre Meute von rechts und unsere Todfeinde von links stimmen jedesmal ein Freudengeheul an, wenn die Gewerkschaften einen Mitglieder-rückgang erlitten haben. Es ist möglich, daß sie es auch diesmal tun. Aber mit Genugtuung kann es uns erfüllen, daß der schwere Krisensturm 1930 nur solche verhältnismäßig geringe Verluste verursacht hat. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den letzten 40 Jahren ist nicht gleichmäßig verlaufen. Eine gewisse Wellenkurve in der Entwicklung ließ sich nicht vermeiden. Aber trotz der widrigsten Umstände und trotz der heftigsten Angriffe haben wir doch immer wieder ein ununterbrochenes Wachstum des Einflusses und der Macht zu verzeichnen gehabt. Zu der schwierigsten Zeitperiode zählt die gegenwärtige Wirtschaftskrise. Aber auch diese Flut wird den Fels im Meer nicht unterspülen können. Der Jahresabschluss vom Jahre 1930 ist dafür der beste Beweis.

Wie wenig Veranlassung für den gewerblichen Mittelstand gegeben ist, sich an der Deke gegen die Konsumgenossenschaften zu beteiligen, zeigt der Umstand, daß in den deutschen Konsumgenossenschaften trotz jahrzehntelanger Bekämpfung nicht weniger als 200 000 Familien des gewerblichen Mittelstandes Mitglieder sind.

Durch dieses Schlagwort wird der gewerbliche Mittelstand nur davon abgehalten, sich energisch und zielbewußt auf seinem ureigensten Tätigkeitsgebiet genossenschaftlich zu organisieren, um durch Konzentration ein Höchstmaß von Finanz- und Wirtschaftskraft als Gruppe und Einzelpersonlichkeit zu erzielen.

Sozialversicherung

Leistungssperre in der Krankenversicherung.

Die Satzungen der Krankenkassen enthalten mancherlei Bestimmungen dergestalt, daß die Kassenleistungen ruhen, wenn der Versicherte gegen irgendwelche Vorschriften verstößt. Ein solches Ruhen kann beispielsweise dann eintreten, wenn sich der Versicherte einer angeordneten vertrauensärztlichen Untersuchung nicht unterzieht.

Arbeitsgerichtliches

Verbreitung der Prozesse vor dem Arbeitsgericht.

Der den deutschen Arbeitsgerichten wird alltäglich ein Kleinriegel zwischen Kapital und Arbeit ausgetragen. Die nicht geringen Reibungen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, kommen dort zum endgültigen Ausgleich.



Schutz vor Wetter und Vandalen: Lack und Farbe überall

Schafft Arbeit für das Malergewerbe!

Meldet anstrichsbedürftige Objekte an den Reichsausschuß für Sachwerterhaltung in Berlin!

Meldekarten sind beim Filialvorstand zu haben.

beachte dabei, daß das heutige preußische Staatsgebiet kleiner ist als das im Jahre 1913. Trotzdem ist eine Verdreifachung der Inanspruchnahme der Arbeitsgerichte zu verzeichnen. Die für den als Kläger auftretenden Arbeitnehmer täglich herausgeholt Beträge wachsen in ihrer Gesamtheit zu Millionen ziffern an.

Vom Ausstand

Der Grosskampf in Norwegen.

Die seit fünf Monaten andauernde Aussperrung von rund 85 000 norwegischen Arbeitern ist in ein neues Stadium getreten. Anfang August hatte der staatliche Schlichter den Parteien einen neuen Schlichtungsvorschlag unterbreitet, dessen Beantwortung am 11. August erfolgen sollte.

Bei der hierauf vorgenommenen Urabstimmung unter den Mitgliedern wurde der Vorschlag trotzdem von den meisten Verbänden verworfen.

Am 13. und 14. August ist nun der Ausschuss der Landeszentrale erneut zu einer Tagung einberufen worden, um zu der neuen Lage Stellung zu nehmen. Hier scheint nun der linke Flügel vollständig die Oberhand erhalten zu haben, indem beschlossen wurde, den Kampf zu erweitern und den Streik auch bei den Zeitungsdruckereien in Oslo, beim Weinmonopol und bei den Fabriken des Tabakmonopols einzuleiten.

Verständenes

Verlegung der Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Mit Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage hat die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene beschlossen, ihre für Ende September 1931 in Nürnberg geplante Jahreshauptversammlung nicht durchzuführen, sondern die Hauptversammlung auf das Frühjahr 1932, wiederum mit dem Tagungsort Nürnberg, zu verlegen.

Der Film vom Marxismus „Des Geistes Schwert“.

Die Erziehung der Werktätigen zum lebendigen marxistischen Denken ist seit langem als eine der wichtigsten Aufgaben sozialistischer Bildungsarbeit erkannt worden. Die Massenaufklärung über das Wesen des Marxismus kann aber nur dann wirklich bewältigt werden, wenn es gelingt, genügend wirksame Massenschulungsmittel in ihren Dienst zu stellen.

Inhaltlich baut sich der Film „Des Geistes Schwert“ wie folgt auf: Die Einführung bietet eine kurze Spielhandlung, die zeigen will, daß heute, obgleich überall von Marxismus die Rede ist, nur sehr Wenige wissen, was denn eigentlich der Marxismus ist.

Filmlänge 1590 Meter, 4 Akte. - Zeitgebühr 1 Tag 40, 2 Tage 70 M., 3 Tage 95 M., 4 Tage 115 M., 5 Tage 130 M., 6 Tage 140 M. Kaufstipen pro Meter 1 M. Anfragen und Bestellungen an den Film- und Lichtbilddienst, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Literarisches

rote Arbeit. Der neue Arbeiter in der Sowjetunion. Herausgegeben von Dr. Jürgen Puczynski. Mitarbeiter: Arthur Goldschmidt, Karl Rabat, Anna Seaberg, G. Krieger, E. S. K. Krieger, G. K. Krieger, G. K. Krieger.

Die öffentliche Berufsberatung, ihr Wesen und Wirken. Von Dr. Rudolf Wiedwald. Referent in der Hauptstelle der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Berlin.

„Die öffentliche Berufsberatung, ihr Wesen und Wirken.“ Von Dr. Rudolf Wiedwald. Referent in der Hauptstelle der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Berlin.

„Gesundheit.“ Zeitschrift für gesündliche Lebensführung der Berufsleute. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V. Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137.

Bekanntmachung

Das Mitgliedsbuch Nr. 46167 ist dem Kollegen Georg Dittrich, geb. 6. Februar 1911 in Borna, eingetretten 1. Oktober 1925 in Borna, in Magdeburg auf Wanderschaft gestohlen worden.

Vom 23. August bis 29. August ist die 35. Beitragswoche. Vom 30. August bis 5. Sept. ist die 36. Beitragswoche.

Sterbefälle.

Berlin. (Zahlstelle Küstrin.) Am 15. August starb der Kollege Paul Fritsche, geboren 6. März 1898 in Alt-Drewitz.

Dresden. Am 14. August verstarb nach kurzer Krankheit infolge Schlaganfall unser treues Mitglied, der Kollege Max Richter, im Alter von 64 Jahren.

Hamburg. Am 8. August erkrankt beim Baden in der Elbe unser Kollege Franz Kneifel im Alter von 47 Jahren.

Mainz-Rombach. Am 17. August verstarb infolge eines Lungenschlages im Alter von 56 Jahren unser treuer Kollege, der Lackierer Philipp Fleck.

Schwerta. Am 8. August starb an Lungentuberkulose unser treuer Kollege Paul Bachschild im Alter von 24 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!